

antwortungsvolle Aufgabe übertragen. Ein Anliegen, das sie konsequent vertrat, nämlich dem Willen von Patienten und Patientinnen Folge zu leisten, wurde in diesen Tagen gesetzlich geregelt, die Patientenverfügung.

Ruth Mattheis hat viele Vorschläge zur Beratung und Hilfeleistung angeregt, die auch vielfach umgesetzt wurden. Sie alle zusammenzutragen und zu würdigen, muss an anderer Stelle geleistet werden. Es kann heute gesagt werden, dass ihre Anstrengungen und ihr Einsatz in vielen Bereichen des Gesundheitswesens dazu beigetragen haben, dass für Menschen, die ihre Probleme nicht allein bewältigen können, Hilfen und Unterstützung entwickelt und angeboten werden. Viele dieser Angebote wurden Vorbild und fanden Nachahmer. Dass **Ruth Mattheis** dieses immer noch praktiziert, kann als ein Geschenk empfunden werden. Dafür ist Dank zu sagen.

Literatur

Mattheis, R.: Probleme des geschädigten Kindes und seiner Familie. In: Soziale Arbeit 3/1960a, S. 100-104

Mattheis, R.: Sozialhygienische Erhebungen in Westberliner Wohnlagern bei schulunreifen Flüchtlingskindern und ihren Familien. In: Praxis der Kinderpsychologie und Kinderpsychiatrie 7/1960b, S. 41-252 und 8/1960b, S. 282-290

Mattheis, R.: Sozialarbeiter im Gesundheitswesen. In: Das Öffentliche Gesundheitswesen 8/1974, S. 576-581

Rundschau

► Allgemeines

Elektronische Anmeldungen zum Vereinsregister. Der Bundesrat hat am 18. September dieses Jahres ein Gesetz verabschiedet, nach dem die Anmeldung zum Vereinsregister künftig auch in elektronischer Form rechtswirksam ist. Die Änderung, die am 30. September 2009 in Kraft trat, stellt für Länder, die die Vereinsregister oder Teile der Registerakten bereits elektronisch führen, eine Arbeitserleichterung dar. Eine notarielle Beglaubigung der Anmeldung ist jedoch weiterhin erforderlich. Trotz der Neuregelung sind Eintragungen in Papierform weiterhin möglich. Das Gesetz beinhaltet einige weitere registerrechtliche Änderungen und begrenzt die Haftung von ehrenamtlich tätigen Vorständen mit einem Honorar von maximal 500 Euro im Jahr. Diese haften nur noch bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit. *Quelle: bbe-newsletter 20/2009*

Anstieg der Arbeitslosigkeit. Laut einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) wird die Arbeitslosigkeit im nächsten Jahr voraussichtlich um 640 000 auf 4,1 Mio. Personen ansteigen. Mit Blick auf das sich abzeichnende Ende der wirtschaftlichen Talfahrt geht das IAB davon aus, dass selbst in den für die Beschäftigung ungünstigen Wintermonaten die 5-Millionen-Marke nicht erreicht werde. Andererseits könne der für 2010 prognostizierte Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts um 0,5 % nicht alle Arbeitsplätze sichern. So stünden für den Herbst und Winter 2009/2010 Entlassungen zu befürchten, da es den Betrieben nicht möglich sei, die Kosten für die Unterauslastung der Belegschaft durch Kurzarbeit und flexible Arbeitszeiten dauerhaft zu tragen. Jedoch werde die demographische Entwicklung vor allem in den neuen Bundesländern einen Rückgang des Arbeitskräfteangebots mit sich bringen und damit den Arbeitsmarkt entlasten. Auch aufgrund der unterschiedlichen Verteilung der Branchen finde der Zuwachs der Arbeitslosigkeit in diesem Jahr ausschließlich in Westdeutschland statt. Die Studie steht im Internet unter www.doku.iab.de/kurzb2009/kb2009.pdf. *Quelle: Mitteilung des IAB vom 15. September 2009*

Ausschluss oder Teilhabe. Rechtliche Rahmenbedingungen für Geduldete und Asylsuchende – ein Leitfadens. Berliner Beiträge zur Integration und Migration. Von Joachim Genge und Imke Juretzka. Hrsg. Der Beauftragte des Senats von Berlin für Integration und Migration. Selbstverlag. Berlin 2009, 34 S., kostenlos *DZI-D-8896* Nach Stand vom 31. Dezember 2008 leben in Deutschland 104 945 Menschen mit einer Duldung. Für die Verlängerung ihrer „Aufenthaltserlaubnis auf Probe“ müssen sie in der Regel ein eigenes Einkommen nachweisen, was angesichts der gegenwärtigen Arbeitsmarktlage eine besondere Hürde darstellt. Hier möchte dieser Ratgeber durch einen detaillierten Überblick über die jeweiligen gesetzlichen Bestimmungen behilflich sein und den Weg in die

Beschäftigung erleichtern. Drei Fallbeispiele veranschaulichen den Einblick in das Aufenthaltsrecht, das Bleibeerecht und das Sozialrecht, wobei sich ein Kapitel gezielt dem Thema Arbeit und Bildung widmet. Vorgestellt wird in diesem Zusammenhang auch das Projekt „bridge“, das Bleibeberechtigten und Flüchtlingen durch Beratung und praktische Unterstützung bei der beruflichen Integration Beistand leistet. Bestelladresse: Der Beauftragte des Senats von Berlin für Integration und Migration, Potsdamer Straße 65, 10785 Berlin, Tel.: 030/90 17-23 51, E-Mail: Integrationsbeauftragter@intmig.berlin.de

► Soziales

Abzweigung von Kindergeld. Nach einer Entscheidung des Bundesfinanzhofs vom 17. Dezemer 2008 (Az.: III R 6/07) darf das den Eltern eines behinderten Kindes zustehende Kindergeld an den Sozialleistungsträger ausgezahlt werden, sofern die Kindergeldberechtigten aufgrund der Zahlung von Grundsicherungsleistungen an das Kind von ihrer Unterhaltspflicht entbunden sind. Da für die betroffenen Eltern meist erhebliche Mehrkosten entstehen, wurde Kindergeld für ein behindertes Kind bisher lebenslang gewährt, wenn die Behinderung vor Vollendung des 25. Lebensjahres eingetreten und das Kind außerstande war, sich selbst zu unterhalten. Mit der neuen Gesetzgebung droht nun der Wegfall dieser kompensatorischen finanziellen Leistung. Der Bundesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen e.V. rät dazu, sich gegen die Abzweigungsanträge der Sozialämter zur Wehr zu setzen. Argumentationshilfen und Musterbriefe an Behörden finden sich im Internet: www.bvkm.de/recht/argumentationshilfen/grundsicherung/musterschreiben_gegen_die_ueberleitung_des_kindergeldes.pdf. *Quelle: Pressemitteilung des Bundesverbands für körper- und mehrfachbehinderte Menschen e.V. vom September 2009*

Besserer Rechtsstatus für ältere, pflegebedürftige und behinderte Menschen. Als Weiterentwicklung des bisherigen Heimgesetzes trat am 1. Oktober, dem internationalen Tag der älteren Menschen, das vom Bundesfamilienministerium vorgelegte Wohn- und Betreuungsvertragsgesetz in Kraft, um die Rechte älterer, pflegebedürftiger und behinderter Menschen beim Abschluss von Verträgen über die Überlassung von Wohnraum mit Pflege- oder Betreuungsleistungen zu stärken. Vorgesehen sind ein erhöhter Kündigungsschutz, eine Kontrolle von Preissteigerungen, ein Anspruch auf adäquate Informationen zu den gebotenen Leistungen und den Ergebnissen von Qualitätsprüfungen, eine Einschränkung befristeter Mietvereinbarungen sowie Anpassungen der Verträge im Fall von Änderungen des jeweiligen Pflege- oder Betreuungsbedarfs. Im Geltungsbereich der Neuregelung befindet sich auch der Bereich des „Betreuten Wohnens“, sofern Vereinbarungen über entsprechende Pflege- oder Betreuungsleistungen getroffen werden. Bei Verträgen, die nach dem bisherigen Heimrecht abgeschlossen wurden, finden die neuen Bestimmungen erst ab 1. Mai 2010 Anwendung. Ausgenommen sind andere Altverträge und Verträge, die nur allgemeine Betreuungsleistungen, wie zum Beispiel die Vermittlung von Pflegeleistungen, Notruf- oder hauswirtschaftlichen Versorgungsdiensten, beinhalten. *Quelle: Pressemitteilung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 434/2009*

Zukunftsfähige Strukturen für alle Generationen.

Impulse aus dem Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser. Dokumentation der Fachtagung am 17. März 2009. Hrsg. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Selbstverlag. Berlin 2009, 54 S., kostenlos *DZI-D-8893*

Als Antwort auf die Herausforderungen des demographischen und sozialen Wandels wurde im November 2006 vom Bundesfamilienministerium das Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser gestartet, um ein koordiniertes Angebot nachbarschaftlicher Dienstleistungen bereitzustellen. Die hier dokumentierte Tagung sollte die Zusammenarbeit der Mehrgenerationenhäuser mit den jeweiligen Kommunen weiterentwickeln und eine Plattform für den fachlichen Austausch und die Vernetzung schaffen. Zentrale Themen waren die besondere Situation des ländlichen Raumes und der Ballungsräume, die Vereinbarkeit von Familie und Berufsleben, die Rolle des bürgerschaftlichen Engagements, die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund und die Pflege und Betreuung älterer Menschen. Die Broschüre stellt Best-Practice-Beispiele einzelner Kooperationen vor und gibt einen Einblick in die im Rahmen von Workshops konzipierten Perspektiven. Bestelladresse: Publikationsverband der Bundesregierung, Postfach 48 10 09, 18132 Rostock, Tel.: 018 05/77 80 90, Fax: 018 05/77 80 94, E-Mail: publikationen@bundesregierung.de

Ausweitung der Interessenvertretung von Menschen mit Behinderungen. Anlässlich einer Tagung der rheinland-pfälzischen kommunalen Beauftragten und Beiräte für die Belange von Menschen mit Behinderungen rief das Sozialministerium von Rheinland-Pfalz am 28. September dazu auf, möglichst in allen Kommunen des Bundeslandes Beiräte und Beauftragte für die Belange von Menschen mit Behinderungen einzusetzen, denn viele Entscheidungen in Bezug auf barrierefreies Bauen und Wohnen würden vor Ort in den Kommunen getroffen. Eine umfassendere Interessenvertretung trage dazu bei, unnötige Mehrkosten zu vermeiden und die Städtebau- und Sozialplanung bestmöglich an die unterschiedlichen Erfordernisse anzupassen, was nicht zuletzt auch im Hinblick auf den demographischen Wandel und die Potenziale des Tourismus von Vorteil sei. *Quelle: Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz 195-4/2009*

► Gesundheit

Erste Erfolge der Pflegereform. Wie aus einem Bericht des Bundesgesundheitsministeriums zur Ausgabenentwicklung bei der Pflegeversicherung hervorgeht, fanden die mit der letztjährigen Reform eingeführten Verbesserungen der Pflege eine positive Resonanz. Genutzt wurde vor allem die Möglichkeit, neben der vollen Geld- oder Sachleistung noch bis zu 50 % der Höchstbeträge für die Tages- und Nachtpflege in Anspruch zu nehmen. So seien die Ausgaben für dieses neue Angebot im ersten Halbjahr 2009 um 50 % angestiegen. Darüber hinaus machten rund 100 000 Personen von den zusätzlichen Betreuungsleistungen für Menschen mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz Gebrauch, was zur Folge hatte, dass immer mehr zusätzliche Betreuungskräfte in den Heimen eingestellt wurden. Anfang September 2009 waren es etwa 14 000 Personen. Insgesamt sei es gelungen, die

ambulante Versorgung wirkungsvoll zu stärken. *Quelle: Newsletter Forum aktuell vom 6. Oktober 2009*

Zu lange Wartezeiten bei Augenkrankheiten. Jährlich erkranken in Deutschland rund 50 000 Menschen an der schweren Verlaufsform der Altersbedingten Makula-Degeneration (AMD). Doch obwohl hier aufgrund des hohen Erblindungsrisikos eine rasche Therapie angesagt wäre, liegt nach Informationen des Deutschen Blinden- und Sehbehindertenverbandes (DBSV) die Wartezeit auf eine Spritze gegen die sogenannte „Altersblindheit“ bei durchschnittlich fast drei Wochen, in Einzelfällen sogar bei über sechs Wochen. Dies ergab eine klinische Studie an rund 4 000 Personen, die auf Veranlassung des Paul-Ehrlich-Instituts von Novartis, dem Hersteller des AMD-Medikaments Lucentis, durchgeführt wurde. Der durch die Verzögerung verursachte Verlust der Sehkraft sei meist irreversibel. Weitere Informationen im Internet: www.dbsv.org. *Quelle: Pressemitteilung des Deutschen Blinden- und Sehbehindertenverbandes vom 5. Oktober 2009*

Neues Internetportal zu Pflegeeinrichtungen. Für Pflegebedürftige und deren Angehörige hat der Verband der Ersatzkassen e.V. (vdek) das Internetportal www.pflege-lotse.de entwickelt, um die Suche nach einer geeigneten stationären oder ambulanten Einrichtung zu erleichtern. Wer den Ort, die Postleitzahl, die gewünschte Pflegeart und das Krankheitsbild in eine Eingabemaske einträgt, erhält einen Überblick über die jeweiligen Institutionen mit Informationen zu deren Größe, Kosten, Ausstattung, Lage und Anschrift. Neben einer Aufschlüsselung der Vergütungsbestandteile wird angezeigt, wie hoch der Anteil der Pflegekassen und der Eigenanteil der Versicherten ist. Hinweise zur Qualität anhand der sogenannten Pflegenoten befinden sich in Planung. *Quelle: Pressemitteilung des vdek vom 23. September 2009*

Ausbau des Kinderkrebsregisters. Nach Beschluss der Gesundheitsministerien der Länder wird das Deutsche Kinderkrebsregister (DKKR) am Institut für Biometrie, Epidemiologie und Informatik der Universität Mainz erweitert. Aufgenommen werden sollen ab dem Jahr 2010 auch Neuerkrankungen der bisher vernachlässigten Gruppe der 15- bis 17-jährigen Jugendlichen. Mit der Volljährigkeit werden an Krebs erkrankte Frauen und Männer direkt durch die Krebsregister der Länder registriert. Die Gesundheitsministerkonferenz bewilligte darüber hinaus eine systematisierte Langzeitbeobachtung von etwa 33 000 ehemals krebskranken Patientinnen und Patienten mit dem Ziel, neue Erkenntnisse über die Krankheitsverläufe und die Qualität der Krebsmedizin zu gewinnen, um auf dieser Grundlage die bestehenden Therapieverfahren zu verbessern. *Quelle: Gesundheit und Gesellschaft 9.2009*

Rauschtrinken bei Jugendlichen. Im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit untersuchten die Universität Tübingen und das Genderforschungs-Institut tifs die „Einflussfaktoren, Motivation und Anreize zum Rauschtrinken bei Jugendlichen“. Die Ergebnisse zeigen, dass diese überwiegend aus „Spaß“ trinken, jedoch finden sich auch Hinweise auf andere Gründe wie Stress und Probleme. Auffallend sei neben dem Einfluss der jeweiligen Peer-Gruppen das frühe Einstiegsalter und die hohe Trinkfre-

quenz von großen Mengen meist „harter“ Alkoholika. Die Studie bietet Informationen, die für die Präventionsarbeit auch auf kommunaler Ebene genutzt werden können. Internet: www.bmg.bund.de unter dem Pfad Drogen und Sucht/Alkohol/Studie zum Rauschtrinken von Jugendlichen. *Quelle: Deutscher Städtetag 9.2009*

► Jugend und Familie

Positionspapier zu den Neuen Ambulanten Maßnahmen (NAM) der Jugendhilfe. Vor dem Hintergrund der Einführung des § 36a Sozialgesetzbuch VIII und der dadurch ausgelösten Diskussionen um die Gewährung und Umsetzung von Leistungen der Jugendhilfe und mit Blick auf die durch § 2 Absatz 1 Jugendgerichtsgesetz festgelegte spezialpräventive Ausrichtung der Jugendgerichtsbarkeit hat die Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V. (DVJJ) ein Positionspapier mit acht Thesen entworfen. Unter dem Titel „Zukunft schaffen! Perspektiven für straffällige Menschen durch ambulante Maßnahmen“ erfolgen Anmerkungen zu den Potenzialen der im Jahr 1990 eingeführten NAM sowie Hinweise zu aktuellen kriminologischen Erkenntnissen für die Praxis der Jugendkriminalrechtspflege. Wichtig sei neben einer guten interinstitutionellen Zusammenarbeit die Reduzierung möglicher Risikofaktoren und die Unterstützung der sozialen Integration junger Menschen durch Bildungsmöglichkeiten und individuelle Förderangebote. *Quelle: Mitteilung des DVJJ vom 15. September 2009*

Hilfe bei Zwangsheirat und Gewaltgefährdung. Für Mädchen und Frauen, die von Zwangsheirat oder „Gewalt im Namen der Ehre“ bedroht sind, bietet die Menschenrechtsorganisation Terre des Femmes unter www.zwangsheirat.de ein Internetportal mit Informationen, Literaturhinweisen, Arbeitsmaterialien und einem Verzeichnis von Beratungsstellen. Die Plattform wendet sich an Betroffene und dient als Koordinierungsstelle für interessierte Hilfe-einrichtungen und Fachkräfte, die miteinander in Kontakt treten möchten. *Quelle: Menschen 4.2009*

Tagungsbericht Familienrat – Family Group Conference (FGC). Vom 17. bis 18. September 2009 fand in Stuttgart das dritte bundesweite Netzwerktreffen zum Thema Familienrat – Family Group Conference mit über 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus dem ganzen Bundesgebiet statt. Nach der Eröffnung durch den Jugendamtsleiter der Stadt Stuttgart, Herrn Bruno Pfeifle, stellte Rob van Pagee das niederländische Modell „Eigen Kracht“ vor. Anschließend wurden Evaluationsergebnisse aus Berlin-Mitte präsentiert. Auch die Erfahrungen der Experimentierphase aus Stuttgart in Familienräten im Bereich der Jugendhilfe, des Kinderschutzes, von Wiedergutmachungskonferenzen (Restorative justice) und im Rahmen der Täter-Opfer-Arbeit der Stadt Stuttgart zeigten sehr ermutigende Ergebnisse. Professor Ute Straub, Fachhochschule Frankfurt am Main, stellte die europäische Fachdiskussion vor. Das nächste bundesweite Familienrat/FGC-Netzwerktreffen findet im Herbst 2010 in Frankfurt am Main statt. *Andreas Hampe-Grosser*

Traumatisierte Kinder und Jugendliche – erkennen, verstehen, handeln. Von Mathilde Tammerle-Krancher. BHP Verlag, Berlin 2009, 62 S., EUR 5,- *DZI-D-8824*

Obwohl die Erkenntnisse der Psychotraumatologie seit Mitte der 1990er-Jahre im medizinisch-therapeutischen Rahmen zunehmend an Bedeutung gewinnen, wurden traumatisierte Kinder bisher nur marginal beachtet. Anliegen dieser Arbeit ist es, das spezifische Fachwissen zu vermitteln, das für einen professionellen Umgang mit diesen Kindern vorausgesetzt werden muss. Die Autorin gibt einen Überblick über verschiedene Formen von Traumata, erklärt die relevanten physiologischen Prozesse und beschreibt mögliche Ursachen, Auswirkungen und Symptome, wobei unter anderem auch das Krankheitsbild der posttraumatischen Belastungsstörung, entwicklungspsychologische Gesichtspunkte sowie mögliche Schutzmechanismen dargestellt werden. Mit ihren Empfehlungen für die pädagogische und therapeutische Begleitung wendet sich die Handreichung vor allem an Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe und der Sozialen Arbeit. Bestelladresse: Berufsverband der Heilpädagoginnen und Heilpädagogen e.V., Bundesgeschäftsstelle, Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/40 60 50-60, E-Mail: info@bhponline.de

Jugendkulturelle Projekte gesucht. Das Archiv der Jugendkulturen in Berlin plant eine Veröffentlichung zum Thema „Jugendkulturelle Projekte in der Jugendarbeit“. Das Buch soll beispielhafte Konzepte der Offenen Jugendarbeit vorstellen, die jugendkulturelle Aktivitäten mit einbeziehen. Willkommen sind neben Projekten aus den Bereichen Musik, Tanz, Graffiti, Reisen, Film, Fotografie und Literatur auch Initiativen mit historischer oder politischer Orientierung von Trägern wie unter anderem Schulen, Jugendklubs, Kunstschaffenden, Jugendgruppen oder Vereinen. Ganz besonders interessiert ist das Archiv der Jugendkulturen an interkulturellen, antirassistischen und geschlechtsbewussten Ansätzen. Das Anmeldeformular steht im Internet unter www.jugendkulturen.de. Von einer fachkundigen Jury werden aus den bis spätestens 31. Dezember 2009 eingegangenen Bewerbungen 50 Projekte ausgewählt und für die beschriebene Publikation berücksichtigt. *Quelle: Mitteilung des Archivs der Jugendkulturen e.V. vom 21. September 2009*

Empfehlungen des Deutschen Vereins zur Vollzeithilfe von Kindern und Jugendlichen. Auf seiner Präsidiumssitzung am 30. September dieses Jahres setzte sich der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge dafür ein, die monatlichen Pauschalbeiträge für Kinder und Jugendliche in Vollzeithilfe in der bisherigen Höhe beizubehalten. Eine geringfügige Absenkung in Antwort auf die Verbraucherpreisentwicklung sei wegen des Verwaltungsaufwandes nicht zu verantworten. Für das Jahr 2010 empfiehlt der Deutsche Verein zudem, den Erstattungsbeitrag zur Alterssicherung von Pflegeeltern entsprechend den Entwicklungen der gesetzlichen Rentenversicherung anzupassen. *Quelle: Pressemitteilung des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge vom 8. Oktober 2009*

► Ausbildung und Beruf

Gründung der Deutschen Gesellschaft für Musikgeragogik. Im Jahr 2004 startete die Fachhochschule Münster eine berufsbegleitende Weiterbildung auf dem Gebiet der Musikgeragogik. Die Fachdisziplin im Schnittfeld von Musikpädagogik und Geragogik befasst sich mit

musikalischen Vermittlungs- und Aneignungsprozessen bei alten Menschen. Mittlerweile haben rund 90 Teilnehmende aus dem Bildungs-, Sozial- und Gesundheitswesen sowie der Pflege ihren Abschluss in dieser Weiterbildung gemacht. In Ergänzung zur Weiterbildung wurde nun die Deutsche Gesellschaft für Musikgeragogik gegründet. Sie soll zur Förderung und Weiterentwicklung dieser Disziplin beitragen, unter anderem durch Symposien und fachlichen Austausch. *Quelle: Mitteilung der Fachhochschule Münster vom Oktober 2009*

Demenzbegleiter in Altenheimen. Das im Mai 2008 verabschiedete Pflegeweiterentwicklungsgesetz schuf die rechtliche Grundlage dafür, dass Altenheime durch die Finanzierung der Pflegekassen für jeweils 25 Menschen mit eingeschränkten Alltagskompetenzen oder Demenz eine zusätzliche Betreuungskraft einsetzen können. Zur Qualifizierung bietet der Deutsche Caritasverband in Münster Kurse mit einem Umfang von 160 Unterrichtsstunden an. Entgegen den Plänen der Agentur für Arbeit, für diese Tätigkeit Langzeitarbeitslose zu vermitteln, wird die Fortbildung überwiegend von Menschen besucht, die bereits zuvor ehrenamtlich oder in der Hauswirtschaft in den Einrichtungen tätig waren. Etwa ein Jahr nach Beginn des Programms konnten in 180 Altenheimen der Diözese Münster bereits 540 Demenzbegleiterinnen und -begleiter eingestellt werden. Diese tragen durch Aktivitäten wie Spaziergänge, Spiele oder Vorlesen dazu bei, die körperliche und geistige Beweglichkeit der älteren Menschen zu erhalten. Weiterbildungskurse bieten auch die Fachseminare für Altenpflege. *Quelle: Mitteilung der Caritas Münster vom 10. September 2009*

Heilpädagogik und das Fremde. Für Menschen. Mit-Menschen. Tagungsbericht 2008. Bericht der 42. Bundesfachtagung des Berufs- und Fachverbandes Heilpädagogik e.V. vom 21. bis 23. November 2008. Hrsg. Berufsverband der Heilpädagoginnen und Heilpädagogen. BHP Verlag. Berlin 2009, 204 S., EUR 9,00 *DZI-D-8827*

Da die Heilpädagogik sich gezielt an Personen mit geistigen, körperlichen oder psychischen Beeinträchtigungen wendet, nimmt die Auseinandersetzung mit dem Phänomen der Fremdheit hier einen besonderen Stellenwert ein. Thema der 42. Bundesfachtagung des Berufs- und Fachverbandes Heilpädagogik war deshalb die Wahrnehmung des Fremden in Theorie und Praxis der Profession, wobei die Perspektive auf Menschen mit Behinderung im Mittelpunkt stand. Die in dieser Broschüre zusammengestellten Beiträge beleuchten hierzu vielfältige Konzepte, Angebote und Tätigkeitsfelder im Hinblick auf Bereiche wie schulische und berufliche Bildung, Elternarbeit, Gewaltprävention und Suchtverhalten. Erörtert werden auch ethische Fragen, Mängel des Hilfesystems, die gängigen Sichtweisen in Forschung und Lehre sowie spezifische Handlungsansätze wie Netzwerkarbeit, Diversity Management und interkulturelle Öffnung. Bestelladresse: Berufsverband der Heilpädagoginnen und Heilpädagogen, Fachverband für Heilpädagogik (BHP) e.V., Bundesgeschäftsstelle Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/40 60 50-60, Fax: 030/40 60 50-69, E-Mail: info@bhponline.de

Betriebswirtschaft für die Soziale Arbeit. Die Gemeinschaft für Weiterbildung, Forschung und Beratung in der

Sozialen Arbeit e.V., spectrum sociale, in Königswinter bietet im kommenden Jahr erneut den Weiterbildungsgang „Betriebswirtschaft für die Soziale Arbeit“ an. Dieser wendet sich an im Sozialwesen tätige Personen mit Berufserfahrung, die später wirtschaftliche Verantwortung in sozialen Einrichtungen übernehmen können. Die Weiterbildung besteht aus zwölf dreitägigen Seminaren in einem Zeitraum von zwei Jahren. Im Anschluss erfolgt eine Vorbereitung auf die Prüfung der Industrie und Handelskammer zum Fachwirt/zur Fachwirtin im Sozial- und Gesundheitswesen. Internet: www.spectrum-sociale.de *Quelle: Mitteilung von spectrum sociale vom 22. September 2009*

Fortbildungsangebote für 2010. Folgende Fortbildungsträger haben ihre Programme für das kommende Jahr bereits herausgegeben. Sie können unter den genannten Anschriften angefordert werden:

Akademie Remscheid für musische Bildung und Medienerziehung e.V., Küppelstein 34, 42857 Remscheid, Tel.: 021 91/794-0, E-Mail: info@akademieremscheid.de Internet: www.akademieremscheid.de

AWO Bundesakademie, Blücherstraße 62/63, 10961 Berlin, Tel.: 030/263 09-0, E-Mail: akademie@awo.org Internet: www.akademie.awo.org

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/629 80-0, E-Mail: info@deutscher-verein.de, Internet: www.deutscher-verein.de

Fortbildungs-Akademie des Deutschen Caritasverbandes, Wintererstraße 17-19, 79104 Freiburg im Breisgau, Tel.: 07 61/200-538, E-Mail: akademie@caritas.de Internet: www.caritas-akademien.de

GK Quest Akademie GmbH, Maaßstraße 28, 69123 Heidelberg, Tel.: 062 21/739 20 30, E-Mail: info@gk-quest.de, Internet: www.gk-quest.de

moreno institut Goslar/Überlingen, Alte Heerstraße 15b, 38644 Goslar, Tel.: 053 21/31 93 17, E-Mail: info@moreno-goslar-ueberlingen.de, Internet: www.moreno-goslar-ueberlingen.de

Tagungskalender

4.-5.12.2009 Berlin. 15. Kongress Armut und Gesundheit: Gesundheit für alle – Ethik im Spannungsfeld. Information: Gesundheit Berlin-Brandenburg, Friedrichstraße 231, 10969 Berlin, Tel.: 030/44 31 90-73, E-Mail: kongress@gesundheitsberlin.de

4.-5.12.2009 Jena. 7. Thüringer Pfl egetag/3. Thüringer Palliativpflegekongress: Pflege zwischen Reform und Notstand – Herausforderungen für den Pflegealltag. Information: Conventus Congressmanagement & Marketing, Markt 8, 07743 Jena, Tel.: 036 41/35 33 22 35, E-Mail: pfl egetag@conventus.de

15.-17.1.2010 Bad Boll. Tagung: Was machen wir bloß mit denen? Sogenannte Problemgruppen im System Jugendstrafrecht. Information: Evangelische Akademie Bad Boll, Akademieweg 11, 73087 Bad Boll, Tel.: 071 64/79-0, Internet: www.ev-akademie-boll.de

17.2.2010 Leinfelden-Echterdingen. Fachtag: Wir alle sind Hospiz – Kompetenz für das Leben und Sterben. Information: Hospiz Stuttgart, Staffenbergstraße 22, 70184 Stuttgart, Tel.: 0711/237 41-53, E-Mail: info@hospiz-stuttgart.de

22.-24.2.2010 Weingarten/Oberschwaben. Seminar für Führungskräfte: Typisch Mensch? Vom Wahrnehmen eigener Fähigkeiten und vom Erkennen anderer. Information: Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart, Kirchplatz 7, 88250 Weingarten, Tel.: 07 51/56 86-0, E-Mail: weingarten@akademie-rs.de

23.-25.2.2010 Stuttgart. Pflege & Reha. Fachmesse für Altenpflege, Krankenpflege und Rehabilitation mit begleitendem Kongress. Information im Internet: www.pflege-reha.de

19.-20.3.2010 München. Münchner Symposion Frühförderung 2010: „... ich auch was weiß!“ Sprachförderung und Sprachtherapie in der beziehungsorientierten Entwicklungsförderung. Information: Arbeitsstelle Frühförderung Bayern, Pädagogische Abteilung, Seidlstraße 18a, 80335 München, Tel.: 089/54 58 98-20, E-Mail: paed@astffby.de

12.-13.4.2010 Berlin. FTD Konferenz Gesundheitswirtschaft 2010: Wachsen in der Krise. Wie sich der Gesundheitsmarkt in der Wirtschaftsflaute verändert. Information: Agentur WOK, Palisadenstraße 48, 10243 Berlin, Tel.: 030/49 85 50 32, E-Mail: ftd@agentur-wok.de

15.-17.4.2010 Berlin. Zweiter bundesweiter Caritaskongress: „Menschen am Rande“. Information: Deutscher Caritasverband, Karlstraße 40, 79104 Freiburg im Breisgau, Tel.: 07 61/200-408, E-Mail: patricia.hess@caritas.de